



Mitteilung

Berlin, den 18. April 2024

**Die 61. Sitzung des Ausschusses für
Menschenrechte und humanitäre Hilfe
findet statt am
Mittwoch, dem 24. April 2024, 14:00 Uhr
10117 Berlin, Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Saal MELH 3.101**

Sekretariat
Telefon: +49 30 227-33550
Fax: +49 30 227-36051

Sitzungssaal
Telefon: +49 30 227-31487
Fax: +49 30 227-30487

**Achtung!
Abweichender Sitzungsort!**

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Einzigster Punkt der Tagesordnung

Öffentliche Anhörung:
„Dritter Bericht der Bundesregierung zur
weltweiten Lage der Religions- und
Weltanschauungsfreiheit
(Berichtszeitraum 2020 bis 2022)“

BT-Drucksache 20/9580

Renata Alt, MdB
Vorsitzende



Geladene Sachverständige

Sandy El Berr¹

Brot für die Welt des Evangelischen Werks für Diakonie und Entwicklung e.V.

Prof. Dr. Dr. h.c. Heiner Bielefeldt¹

Professor, Lehrstuhlinhaber, Institut für Politische Wissenschaft, Lehrstuhl für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Mag. Dr. Christian Machek M.A.⁵

Philosoph, Politologe

Prof. Dr. Meron Mendel⁴

Direktor der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt

Dr. Richard Ottinger²

Referent für internationalen Religionsdialog in der Abteilung Gesellschaftlicher Zusammenhalt der Konrad-Adenauer-Stiftung

Erzbischof Prof. Dr. theol. Dr. phil. Dr. mult. Thomas Schirrmacher²

Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit, San José, Costa Rica
Co-Präsident, Religions for Peace, New York

Hanna Veiler³

Präsidentin der Jüdischen Studierendenunion Deutschlands

N.N.⁶

¹ auf Vorschlag der Fraktion der SPD zur öffentlichen Anhörung eingeladen

² auf Vorschlag der Fraktion der CDU/CSU zur öffentlichen Anhörung eingeladen

³ auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur öffentlichen Anhörung eingeladen

⁴ auf Vorschlag der Fraktion der FDP zur öffentlichen Anhörung eingeladen

⁵ auf Vorschlag der Fraktion der AfD zur öffentlichen Anhörung eingeladen

⁶ auf Vorschlag der Gruppe Die Linke zur öffentlichen Anhörung eingeladen



Fragenkatalog zur Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zum Thema „Dritter Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit (Berichtszeitraum 2020 bis 2022)“, BT-Drs. 20/9580

Verletzung des Menschenrechts auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit und Maßnahmen zu dessen Schutz

Was sind typische „Orte“ der Verletzung der Religionsfreiheit weltweit und was sind typische Motive dieser Verletzungen? Welche Rolle spielt die Stärkung der Religionsfreiheit im Kontext der Menschenrechte allgemein? (SPD)

Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Rechte indigener Völker effektiver zu schützen? An welche konkret umsetzbaren Maßnahmen denken Sie? (SPD)

Der Missbrauch von Religion durch autoritäre Regime und Diktaturen u.a. für den Ausbau ihrer Machtstrukturen geht oftmals einher mit massiver Einschränkung von Religionsfreiheit innerhalb dieser Länder. Was müssen die internationale Gemeinschaft und vor allem die Demokratien tun, um diesem Trend entgegenzutreten und was kann dieser und folgende Berichte der Bundesregierung zur Lage der weltweiten Religions- und Weltanschauungsfreiheit hier an hilfreicher Analyse und Dokumentation beitragen? (CDU/CSU)

Worin sehen Sie die Hauptursachen für den weltweit grassierenden Antisemitismus und welche Maßnahmen sollten die Bundesregierung und andere demokratische Staaten unternehmen, um dem entschieden und nachhaltig entgegenzuwirken? (BÜNDNIS 90/Die Grünen)

Verhältnis von Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu anderen Menschenrechten

Wie beschreiben Sie das Spannungsfeld zwischen Religions- und Weltanschauungsfreiheit und anderen Menschenrechten, wie etwa das Recht auf freie Meinungsäußerung oder Gleichstellung der Geschlechter & Gender und wie kann ein ganzheitlicher Menschenrechtsansatz, der die Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte klar in den Fokus rückt dazu beitragen, dass diese Rechtsgüter nicht im Widerspruch zu einander stehen, sondern sich bestenfalls gegenseitig befördern? (BÜNDNIS 90/Die Grünen)

Welche politischen und gesellschaftlichen Strukturen benötigen wir, um die Balance zwischen Religionsfreiheit und Gleichberechtigung im Sinne der Menschenrechte herstellen und schützen zu können und wie können wir sicherstellen, dass Religionen nicht zweckentfremdet werden, um Frauen und Minderheiten (z. B. LGBTQI) zu diskriminieren? (FDP)



Dialog und Austausch zwischen den Religionen

Welche Bedeutung messen Sie gerade bei der globalen Bekämpfung von Extremismus unter religiös verbrämter Flagge (wie ISIS, Hamas, Hisbollah oder dem Regime im Iran) sowie für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen dem interreligiösen Dialog bei, der auf die allgemein anerkannte Frieden fördernde Wirkung von Religion gründet, und was sollte die Bundesregierung unternehmen, um diesen Dialog z.B. durch Mitglieder der Bundesregierung und den Beauftragten für weltweite Religions- und Weltanschauungsfreiheit weiter zu unterstützen und zu stärken? (CDU/CSU)

Bezüglich der besorgniserregenden Entwicklungen, wie beispielsweise dem zunehmenden Antisemitismus: Was ist, angesichts der angespannten gesellschaftlichen Lage in Deutschland notwendig, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt, das gegenseitige Verständnis sowie die Akzeptanz zwischen den einzelnen religiösen Gruppen zu stärken und wie kann dabei vermieden werden, dass ganze religiöse Gruppen unter Generalverdacht gestellt werden, um die gesellschaftliche Spaltung nicht noch weiter zu befeuern? (FDP)